

Fragen der Fraktionen zum Schlussbericht 2012

- Korrekturen / Ergänzungen durch das Revisionsamt sind kursiv dargestellt -
- grau unterlegte Fragen sollten zusammen aufgerufen werden -

Lfd. Nr.	Seite	Ziffer	Fraktion	Frage (wörtlich übernommen)
1.	5	2.1	CDU	<u>Strategische Maßnahmen</u> Warum wurde auf die Einbeziehung einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft verzichtet?
2.	5	2.1	Bündnis 90/ Die Grünen	Für 2012 wurden keine Leistungen einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Anspruch genommen, die die indirekte Finanzrechnung erstellt hat. Warum hat man dies getan (Stichwort direkte Finanzrechnung siehe auch S.36)? Wie waren die Erfahrungen damit?
3.	5	2.1	CDU	Welche Problembereiche konnten noch nicht bereinigt werden bzw. in welchen Fällen konnte kein Einvernehmen erzielt werden?
4.	8	3.2.1	Kasseler Linke	<u>Prüfungsunterlagen</u> Warum wurde der Jahresabschluss im Gegensatz zu den gesetzlichen Bestimmungen erst mit einer Verspätung von 5 Monaten verabschiedet?
5.	14	4.2.1	CDU	<u>Interne Leistungsverrechnung</u> Warum wurden erneut – wie in den zurückliegenden Haushaltsjahren – die Erlöse und Kosten aus internen Leistungsbeziehungen nicht gesondert in den Teilergebnishaushalten nachgewiesen? Wie kann zukünftig sichergestellt werden, dass diesbezüglich die einschlägigen Bestimmungen der GemHVO eingehalten werden?
6.	14	4.2.1	SPD	Das Verfahren sollte lt. Aussage 2013 (Bericht 2011) mit der Aufsichtsbehörde geregelt werden. Ist dies erfolgt, wenn ja, mit welchem Ergebnis?
7.	14/15	4.2.1	Bündnis 90/ Die Grünen	Die internen Leistungsbeziehungen sind bisher nicht in Planung und Buchführung der Stadt Kassel enthalten. Es sollten dazu Gespräche mit der Aufsichtsbehörde stattfinden, ob die bereits existierende Kosten-

Lfd. Nr.	Seite	Ziffer	Fraktion	Frage (wörtlich übernommen)
				Leistungsrechnung von der Aufsichtsbehörde als ausreichend angesehen wird (letzter Revisionsausschuss). Haben entsprechende Gespräche mit der Aufsichtsbehörde stattgefunden? Mit welchem Ergebnis?
8.	14	4.2.1	Kasseler Linke	Was ist der Grund für das Fehlen der Angaben über interne Leistungsbeziehungen, wie in GemHVO vorgeschrieben? Wann sollen diese in die Planung aufgenommen werden?
9.	15	4.2.2	SPD	<u>Produkt- bzw. produktorientierter Haushalt</u> Die Darstellung von Produkten, Produktgruppen und Produktbereichen in den Teilhaushalten ist nicht erfolgt. Ist damit zu rechnen, dass sich dies in naher Zukunft ändern wird?
10.	15	4.2.2	CDU	Warum wurde der Forderung aus §4 Abs. 2 Satz 2 GemHVO nicht entsprochen?
11.	15	4.2.2	Kasseler Linke	Was sind die genauen Gründe für die schleppende Umsetzung einer aussagekräftigen Darstellung der Produktgruppen und Produkte innerhalb der Teilhaushalte? Ist mit personellen Rahmenbedingungen eine Unterbesetzung in der Kämmerei gemeint?
12.	17	4.2.3	Kasseler Linke	<u>Angabe von Zielen und Kennzahlen</u> 2014 sind von der Verwaltung erstmals „Schritte“ zur Darstellung von Kennzahlen und Zielen“ unternommen worden. Seit wann sind Kennzahlen und Ziele nach GemHVO gesetzlich vorgeschrieben? Hält das Revisionsamt die „Schritte“ im Haushaltsjahr 2014 für ausreichend?
13.	21	5.3.1	SPD	<u>Nachzuholender Wertansatz für öffentliche Grünflächen</u> Wie kann sichergestellt werden, dass eine Materielle Prüfung der Datengrundlage anhand von vollständigen Dokumentationsunterlagen erfolgen kann?
14.	22	5.3.1	FDP	Wann wird das Umwelt- und Gartenamt bei der Bewertung öffentlicher Grünflächen Dokumentationsunterlagen erstellen, die eine Überprüfung möglich machen?
15.	22	5.3.1	Kasseler Linke	Was gedenkt die Verwaltung zu tun, um die Prüfung im Bereich der städtischen Grünflächen durch aussagekräftige Dokumentation zu ermöglichen?

Lfd. Nr.	Seite	Ziffer	Fraktion	Frage (wörtlich übernommen)
16.	22	5.3.1	CDU	Warum konnte die Werterhöhung beim Eigenkapital nicht geprüft werden?
17.	22	5.3.1	Bündnis 90/ Die Grünen	Die Bewertung von Grünflächen steht noch aus. 2012 wurde im Umfang von rund 15.000 € Nachbewertungen vorgenommen. Ist bekannt, ob 2013/2014 weitere Nachbewertungen erfolgt sind?
18.	23	5.3.2	Bündnis 90/ Die Grünen	<u>Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen</u> Im Vorjahr wurde kritisiert, dass bei Prüfung der Werthaltigkeit der Beteiligungen durch die Kämmerei mangels entsprechender Dokumentation nicht erkennbar gewesen sei, ob und wie erkennbare Risiken oder bestandsgefährdende Tatsachen berücksichtigt bzw. welche Abwägung hier ggf. stattgefunden haben; die Bewertung der Beteiligungen sei nicht schlüssig nachzuvollziehen gewesen. Hat sich 2012 im Vergleich zu 2011 die Art und Weise bzw. Intensität und Dokumentation der Prüfung geändert?
19.	25	5.3.4	Bündnis 90/ Die Grünen	<u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u> Außenstände der Stadt Kassel haben im Vergleich zu 2011 um rund 6,6 Mio. abgenommen (Fortschritt zu 2011, wo sie noch angestiegen waren), allerdings lässt sich ein höherer Betrag als 2011, nämlich rund 43 Mio. € nicht auf offene Posten der Debitorenbuchhaltung zurückführen. Warum wird da keine Änderung vorgenommen?
20.	26	5.3.4	CDU	Aus welchen wirksamen Maßnahmen resultiert der gegenüber dem Jahresabschluss 2011 gesunkene Gesamtbestand an Forderungen? Welcher Betrag resultiert hierbei aus Niederschlagung?
21.	27	5.3.4	FDP	Warum ist die von der Stadtkasse in den Vorjahren bereits zugesagte korrekte Debitorenbuchhaltung der Forderungen nach wie vor nicht erfolgt und wann wird dies der Fall sein?
22.	27	5.3.4	CDU	Wann wird die mangelhafte Debitorenbuchhaltung ordnungsgemäß erfolgen?
23.	27	5.3.4	Bündnis 90/ Die Grünen	Der Zustand, dass die genannten Forderungen nicht maschinell überwacht werden, wird als verbesserungsbedürftig bezeichnet. Sind hier Verbesserungen geplant oder schon erfolgt?

Lfd. Nr.	Seite	Ziffer	Fraktion	Frage (wörtlich übernommen)
24.	29 ff. (61)	5.3.4	Bündnis 90/ Die Grünen	Warum wurde der Empfehlung des Revisionsamtes im letzten Revisionsbericht nicht gefolgt und eine ämterübergreifende Organisationsuntersuchung durchgeführt mit Ursachenforschung und Arbeitskonzepterstellung?
25.	30 ff.	5.3.4	FDP	Da bestehende Anweisungen zur Verringerung der Verwahrgelder zu keinem Erfolg geführt haben, sondern der gegenteilige Effekt eingetreten ist, aber auch keine Organisationsuntersuchung der Arbeitsabläufe zur Fehlerbehebung erfolgte, ergibt sich erneut die Frage, wann eine solche Untersuchung und die Erstellung von Arbeitskonzepten erfolgen wird?
26.	30	5.3.4	Kasseler Linke	Warum ist die Höhe der Verwahrgelder trotz Mahnungen der vorjährigen Schlussberichte weiter angestiegen? Welche Gründe liegen vor? Wie kann es sein dass es mitunter 3 Jahre dauert, bis ein entsprechender Sachvorgang zugeordnet werden kann?
27.	31	5.3.4	CDU	Wann und durch welche Maßnahmen soll eine Verbesserung bei der Verwahrgeldsituation erreicht werden? Welche Faktoren sind für die hohen Verwahrgeldumsätze ursächlich?
28.	32	5.3.5	Bündnis 90/ Die Grünen	<u>Anlagen im Bau</u> Warum besteht Klärungsbedarf? Welches Ergebnis hatten die Prüfungsfeststellungen?
29.	32/33	5.3.6	Bündnis 90/ Die Grünen	<u>Personalrückstellungen</u> Warum fehlt die Darstellung des Verbrauchs der Rückstellungen?
30.	34	6	Bündnis 90/ Die Grünen	<u>Ergebnisrechnung</u> „periodengerechte Zuordnung“: Da waren im Revisionsbericht 2011 noch Defizite. Hat sich das positiv geändert oder warum ist dies nicht gesondert beschrieben?
31.	47	10.3	SPD	<u>Schulverwaltungsamt</u> Wird die Hardware inzwischen genutzt? Hat die Schulung stattgefunden? Falls die Schulung nicht stattgefunden hat, wurde der Betrag zurückerstattet? Werden in Zukunft die haushaltsrechtlichen Vorschriften

Lfd. Nr.	Seite	Ziffer	Fraktion	Frage (wörtlich übernommen)
32.	47/48	10.3	FDP	eingehalten und die gesetzlichen Vorgaben beachtet, auch bei außer- und überplanmäßigen Aufwendungen? Warum hat das Schulverwaltungsamt außerordentliche Mittel für neue Hard- und Software sowie Schulungen ohne Rücksprache mit Fachämtern angefordert und erhalten, ohne diese verwenden zu können?
33.	48	10.3	CDU	Warum wurden durch das Schulverwaltungsamt weder die Vorgaben zur sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung eingehalten noch die geltenden Bewirtschaftungsgrundsätze beachtet? Wer ist dafür verantwortlich und welche Maßnahmen wurden mittlerweile umgesetzt, um diese Missstände zu beseitigen?
34.	54	11.2	SPD	<u>Allgemeine Feststellungen</u> Warum wurden die Nachtragsangebote nicht wie vorgesehen zeitnah vorgelegt und Abnahmeprotokolle unvollständig?
35.	54	11.2	CDU	Welche Umstände haben dazu geführt, dass durch das Revisionsamt falsche bzw. fehlende Feststellungsvermerke gem. GemKVO zu verzeichnen waren?
36.	57	11.3.3	SPD	<u>„Schenkebierstanne“</u> Wann ist mit einer Antwort des Straßenverkehrsamtes zu den angeführten Vorkommnissen zu rechnen?
37.	60	12.2	SPD	<u>Automatische Kassentresore</u> Warum kam es zu keinem Vertragsabschluss?
38.	61	12.3	SPD	<u>Verwahrgelder</u> Anstieg der Fallzahlen, trotz Verfügung durch den OB vom 07.10.2010. Warum wurde die Empfehlung des Revisionsamtes nach einer ämterübergreifenden Organisationsuntersuchung und Erstellung von Arbeitsanweisungen nicht umgesetzt?
39.	67	14.2	CDU	<u>Geschwindigkeitsmessanlagen</u> Wann wird die Prüfung der personal- bzw. zivilrechtlichen Konsequenzen voraussichtlich abgeschlossen sein?